

Schweiz
in Zahlen

Versteckte Millionengeschenke für Spitäler

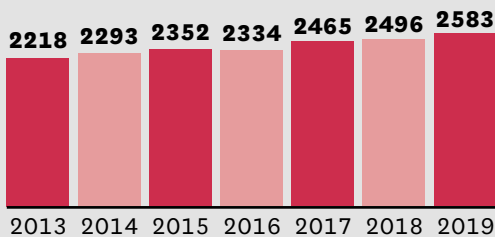
Der Bund versprach mehr Transparenz bei der Spitalfinanzierung, als er 2012 Fallpauschalen für Spitalaufenthalte einführte. Doch er machte die Rechnung ohne die Kantone. Diese stecken ihren Spitälern weiterhin viel Geld zu - zum Teil versteckt, wie eine Studie der Universität Basel zeigt. Im Jahr 2019 zahlten die Kantone den Spitälern insgesamt 2583 Millionen Franken. Das sind 365 Millionen Franken mehr als noch 2013. 95 Prozent der Gelder gingen an Spitäler, die mehrheitlich den Kantonen gehören, 5 Prozent an Privatspitäler.

Der Kanton Waadt liess 2019 seinen Spitälern 692 Franken pro Einwohner zukommen, der Kanton Zug nur 55 Franken. Die Kantone deklarieren zwei Drittel der Zahlungen offen als Abgeltung für «gemeinwirtschaftliche Leistungen» der Spitäler wie Notrufe oder Rettungsdienste. Den Rest verschleiern sie laut der Studie, indem sie Spitälern überhöhte Fallpauschalen oder künstlich niedrige Mieten oder Darlehen genehmigen.

Die Zeche zahlen dann andere: Jeder Krankenversicherte beteiligte sich 2019 mit durchschnittlich 1051 Franken an stationären Spitalkosten. Hinzu kamen weitere 300 Franken Steuern pro Kopf, mit denen die Kantone ihre Spitäler subventionierten. *eb*

Zahlungen der Kantone an Spitäler

In Mio. Franken



QUELLE: STEFAN FELDER, GUTACHTEN, UNI BASEL 2021



Subventionierte Werbung: Im Widerspruch zur Ernährungsstrategie des Bundes

Steuerzahler zahlen jedes Jahr Millionen für Fleischwerbung

Der Bund subventioniert die Werbung für Schweizer Fleisch mit sechs Millionen Franken pro Jahr – obwohl der hohe Fleischkonsum den Klima- und Gesundheitszielen zuwiderläuft.

Die Schweizer Bevölkerung soll sich nachhaltig und gesund ernähren. Dieses Ziel verfolgt der Bund mit seiner «Ernährungsstrategie 2017 bis 2024». Dazu gehört auch eine Reduktion des Fleischkonsums. Jeder Schweizer isst durchschnittlich 780 Gramm Fleisch pro Woche. Das ist dreimal mehr, als die Schweizerische Gesellschaft für Ernährung als gesund einstuft. Der erhebliche Fleischkonsum steht auch im Widerspruch zur Pflicht der Regierung, den CO₂-Ausstoss zu senken. Gemäss dem Umweltbericht des Bundes ist der Konsum von Fleisch und Fisch für rund sechs Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Trotzdem unterstützt die Bundeskasse die Werbekampagne «Schweizer Fleisch - der feine Unterschied» mit fast sechs Millionen Franken pro Jahr. Hinter der Kampagne steht Proviande, der Branchenverband für Fleisch, dem auch Migros und Coop angehören. Die Werbegelder für Pro-

dukte aus der Landwirtschaft verteilt das Bundesamt für Landwirtschaft – es waren über 675 Millionen Franken in den vergangenen zehn Jahren. Fast ein Zehntel davon entfiel auf die Fleischwerbung. Organisationen wie Proviande reichen jährlich ein Gesuch mit einem Werbebudget ein.

«Viele verdienen an der Fleischproduktion mit»

Die widersprüchliche Förderpolitik des Bundes ist Umwelt- und Tierschützern ein Dorn im Auge. In den vergangenen Jahren forderten diverse parlamentarische Vorstösse eine Streichung der Subventionen für Fleischwerbung. Ohne Erfolg. Zuletzt lehnte der Bundesrat 2019 eine Motion von Balthasar Glättli (ZH, Grüne) ab – mit dem Argument: «Die Subventionen sind wichtig, um Konsumenten über die Vorteile von einheimischem Fleisch zu informieren.»

Für den Berner Bauern und Nationalrat Kilian Baumann (Grüne) ist klar, warum weiterhin Steuergelder in die Taschen von Proviande fließen. Viele würden an der Fleischproduktion mitverdienen: Grossverteiler, Futtermittelproduzenten und Maststallbauern. «Und alle tun ihr Möglichstes, damit der Fleischkonsum weiter angekurbelt wird.» *Monique Misteli*